

Tagung Seminar der Marx-Engels-Stiftung, Stuttgart, 8./9. August 2026:
Wirtschaftswunder – Militarisierung – Repression: Die BRD in den 1950er Jahren
Zeitzeugenbeitrag Jörg Lang (Juli 2026)

Örtliches, wirtschaftliches und soziales Umfeld

1940 in Reutlingen geboren, wuchs ich von Herbst 1945 bis Mitte der 1950er Jahre in Stuttgart auf. Dorthin war mein Vater schon seit Mitte 1944 als „2. Stadtpfarrer“ an der Leonhardskirche versetzt worden. Wir lebten im inzwischen abgerissenen Pfarrhaus Ecke Christoph/Schlosserstraße (wo heute ein Reha-Zentrum steht) nahe des sog. „Bohnenviertels“. Die Umgebung, insbesondere die Hauptstätterstraße war weitgehend niedergebombt; ebenso wie auch die Leonhardskirche selbst, die erst Anfang der 50er Jahre zunächst teilweise wiederaufgebaut wurde. Insgesamt war v.a. die Innenstadt auch in den 50ern noch immer zum großen Teil zerstört, wenn auch die Straßen geräumt waren und in den Ruinen einstöckige Ladengeschäfte mit Dachpappdächern eingezogen waren. Auch wir spielten in den Ruinen und ihren Kellern.

Verweis auf besonderes Bildmaterial: Hannes Kilian, „Die Zerstörung, Stuttgart 1944 und danach“, Quadriga Verlag, 1984; <https://zeitsprung-stuttgart.de>

Der Hunger, den wir zuvor, und v.a. noch in Reutlingen in der „französischen Zone“, durchaus verspürt hatten, war seit der von den Besatzungsmächten mithilfe des sogenannten US-Marshallplans unterstützten „Währungsreform“ weitgehend beseitigt. Auch die Lebensmittelkarten wurden 1950 abgeschafft.

Und dann kam die Zeit des sogenannten Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“. Stuttgart konnte als erste deutsche Großstadt zunächst „trümmerfrei“ gemeldet werden. Es erlebte dann eine beispiellose Aufbauphase, wobei die Ankurbelung der wirtschaftlichen Produktion auf allen Gebieten sowie v.a. die Interessen der Automobil-Industrie und des motorisierten Fahrverkehrs im Vordergrund standen. Es war in Stuttgart die Ägide des zunächst von der französischen Besatzungsverwaltung eingesetzten Bürgermeister Arnulf Klett (dann immer wieder gewählt bis zu seinem Tod 1974), der alsbald auch mit „seinem“ Porsche durch Stuttgart kurvte. Neubauten in nüchtern-funktionalem Beton-Stil waren angesagt. Dabei wurden nicht nur zerstörte Gebäude im neuen Stil aus dem Boden gestampft. Vielmehr wurden auch viele nur beschädigte Gebäude, gerade auch solche, die das historische Stadtbild geprägt hatten, nun erst richtig niedergerissen und eingeebnet: etwa das Kronprinzenpalais, die alte Liederhalle oder das wunderschöne Büchsenbad, ein Pionierbau vom Ende des 19. Jahrhunderts mit maurischen Fliesen. Die Ruinen des erst später wiederaufgebauten Neuen Schlosses und ebenso der Markthalle entgingen dem gleichen Schicksal nur knapp. Das gleiche Schicksal erlitten auch ganze in Teilen zwar beschädigte aber insgesamt noch durchaus erhaltene Stadt- und Wohnviertel, etwa das zwischen der Büchsen-/Kronprinzenstraße bis hin zum Lindenmuseum mit der dazwischenliegenden ebenfalls erst nach 1945 komplett plattgemachten Ruine der Garnisonskirche. (Siehe dazu v.a. die im Internet abrufbaren Fotoplattform „zeitsprung-stuttgart“; sie zeigt Fotos der Straßenzüge jeweils vor 1944/45 und dann nach dem „Wiederaufbau“). Stuttgart, aber auch andere westdeutsche Großstädte – wie etwa das von der SPD dominierte Kassel – prägte damals eine in Teilen durchaus zusätzlich zerstörerische Aufbauphase mit einer an die amerikanische angelehnten Architektur. In Stuttgart verkörperte diese „Aufbaukultur“ eben Arnulf Klett, der dann auch für einige Jahre Präsident des Deutschen Städtetags wurde, und sein Baudirektor Hoss samt einem ganz bestimmten Architektenbüro Schmohl/Stohrer. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als sollte damals mit dieser „Aufbau“-Architektur der Welt auch ein angeblicher Bruch mit der Vergangenheit und für ein neues Deutschland demonstriert

werden. Dies anstelle der in der BRD im politischen Bereich individuell und v.a. gesellschaftlich und politisch gerade – jedenfalls zunächst – weitgehend vermiedenen politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Funktionsträgern. (Ich sehe eine gewisse Parallele zu der in der DDR damals aus dem Boden gestampften dort russisch- geprägten „Stalin-Allee“ in Berlin; in der DDR allerdings eben verbunden mit einem entschiedenen und bewussten politischen und ökonomischen Neuanfang.)

Ins Bild gehört aber auch, dass bspw. in Stuttgart OB Klett nach seiner Ernennung durch die französische und Bestätigung durch die amerikanische Besatzungsmacht seinerseits ein Mitglied der KPD, Otto Kraufmann, zum Wirtschafts- und Verwaltungsbürgermeister ernannt hatte. Dies war damals auch in anderen Großstädten zunächst durchaus keine Seltenheit. Klett hatte Kraufmann wohl schon Anfang 1933 als von den Nazis ebenfalls im KZ Heuberg Internierten kennengelernt. Kraufmann, der dann in Stuttgart seit 1946 bis zu seinem Tod 1971 ebenfalls immer wiedergewählt wurde, tat sich bei der Notversorgung der Bevölkerung v.a. auch mit Nahrungsmitteln und durch Notunterkünfte hervor und bei der Wohnraumzwangsverwaltung – auch wir hatten bspw. in unserer Wohnung in der Christophstraße eine im Bohnenviertel ausgebombte Familie zusätzlich einquartiert bekommen. Später förderte er auch den sozialen Wohnungsbaus. Nach dem KPD-Verbot 1956 trat Kraufmann allerdings dann aus der KPD aus und wurde Mitglied der SPD.

Insgesamt ist festzuhalten, dass aus meiner Sicht schon ab den 1950er Jahren und eigentlich bis Anfang der 2000er Jahre die soziale Entwicklung der BRD durch einen „sozialdemokratisch gefärbten“ Kapitalismus gekennzeichnet war: Ausbau von Arbeitsrechten; vergleichsweise dynamische Lohnentwicklung; Einbindung der Gewerkschaftsführungen; Ausbau des Sozialstaats; sozialer Wohnungsbau – alles aber nur sozusagen als Abfallprodukte einer privat-kapitalistischen Wirtschaft und ihres – unterstellten – endlosen v.a. quantitativem Wachstums. Politisch agierte dieser Kapitalismus v.a. auch in Konkurrenz mit der DDR bzw. dem „realsozialistischen“ Osten.

Die End-1940er bzw. Anfang-1950er Jahre brachten auch eine auffällige Sensationsunterhaltung für die „Davongekommenen“ hervor. In Stuttgart gab es bspw. die Solitude-Rennen, zu denen trotz auch schwerer Unfälle Hunderttausende angereist kamen; oder bspw. die Auftritte des Seiltänzerpaares Carlo und Henrico. Sie überquerten mit ihren Balance-Stangen gegenläufig ein vom Tagblatturm zum teilweise noch zerstörten Turm des Rathaus gespanntes – ungesichertes! – Seil.

Und dann begann schon in den 1950ern – wie ich es im Rückblick sehe – die bis heute fortdauernde Amerikanisierung v.a. der deutschen Unterhaltungskultur. Während unmittelbar nach dem Krieg etwa noch deutsche Volksmusik bzw. deutschsprachige Schlager die Radioprogramme beherrschten, und die traditionellen Männerchöre – oder auch wir in der Schule – deutsche Volkslieder sangen, setzte sich nun immer mehr die US-amerikanische Unterhaltungsmusik mit Rock’n’Roll, Gospels, Boogie-Woogie, Pop usw. durch. Mein Vater und sein Bekanntenkreis sprachen damals noch offen von „dieser Nigger-Musik“ – die uns Junge begeisterte. Die Hype um Elvis Presley – der 1958 im Rahmen seines Militärdiensts auch nach Deutschland kam – steht beispielhaft dafür. Seitdem – und bis heute – fühlen sich deutsche Musik- und SchlagersängerInnen – immer noch mehr und übrigens mehr als in sämtlichen anderen europäischen Ländern – bemüht, bei all ihren event-Auftritten auch in den deutschen Medien vorwiegend auf Amerikanisch zu singen. Ich sehe auch hier eine der „Wiederaufbauarchitektur“ in gewisser Weise vergleichbare Entwicklung, also eine demonstrative Ersatzkultur zum Beweis eines angeblich neuen und angeblich fortschrittlichen Deutschlands.

Mein persönliches und gesellschaftliches Umfeld

Mein Vater, der während des Dritten Reiches dem eher konservativen württembergischen Flügel der evangelischen Bekenntenen Kirche angehört hatte und wiederholt Schwierigkeiten mit der Gestapo bekam, unterstützte Anfang der 1950er Jahre offensichtlich die Gesamtdeutsche Volkspartei GVP, die von dem ursprünglichen CDU-Mitglied Gustav Heinemann 1952 gegründet worden war. Heinemann hatte vor 1933 die sozialliberale DDP unterstützt. Er war dann in der NS-Zeit – leitendes – Mitglied der Bekenntenen Kirche im Rheinland, Ab 1949 wurde er zunächst Bundesinnenminister im 1. Kabinett Adenauer. Nachdem Adenauer dann bereits im August 1950 in 2 Memoranden dem damaligen US-Hochkommissar John McClay den Beitrag eines deutschen Militärkontingents im Rahmen der vom Kapital erstrebten Westbindung angeboten hatte, war Heinemann als erster Minister überhaupt zurückgetreten. In der GVP versammelten sich dann Anfang der 1950er namhafte deutsche Politiker und Politikerinnen verschiedener sozial-liberaler und sozial-konservativer Richtungen, die teilweise schon in der Weimarer Republik agiert hatten und als Nazi-Gegner bekannt waren; wie etwa Helene Wessel von der Zentrum-Partei, Erhard Eppler oder Johannes Rau. Die letzteren beiden waren später dann in der SPD tätig.

Die GVP – die im sozialpolitischen Bereich fortschrittliche Positionen ähnlich denen des Ahlener Programms der CDU vertrat – sprach sich v.a. strikt gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der von Adenauer und Großkapital betriebenen West-Bindung aus Stattdessen trat die GVP für die Neutralität eines wieder-zu vereinigenden Deutschlands ein. Dabei rief sie v.a. auch dazu auf, über die damaligen wiederholten entsprechenden Noten Stalins von Anfang der 1950er Jahre wenigstens zu verhandeln.

Es ist bezeichnend für die damalige Entwicklung der BRD, dass diese GVP – die schon damals federführend v.a. von der Springer Presse bekämpft wurde, und deren Vertreter schon damals als „von Moskau bezahlte“ ... „fünfte Kolonne“ diffamiert wurden – bei den Wahlen zum 2. Bundestag 1953 dann lediglich 1,2 % der Stimmen erreichen konnte (die KPD nur noch 2,2 %; auch die SPD nur 28,2 %). Nach der inzwischen praktisch vollzogenen Westbindung löste Heinemann im Mai 1957 (nach Verhandlungen auch mit der damaligen SPD-Führung unter Ollenhauer) die GVP auf und trat, wie teilweise schon zuvor andere führende GVP-Mitglieder, nun auch der SPD bei. Er wurde unter Brandt Bundesjustizminister und später Bundespräsident.

Bezeichnend für die damalige Entwicklung ist auch: Heinemann war zunächst seit 1949 auch Präses der damals friedenspolitisch ausgerichteten gesamtdeutschen Synode der EKD. Seit 1951 wurde ihm von dem anti-kommunistischen und die Wiederbewaffnung unterstützenden Berliner Bischof Otto Dibelius – offenbar auch auf Druck von Adenauer – der Rücktritt als Präses nahegelegt. Er widersetzte sich, bis er 1955 tatsächlich abgewählt wurde. Für Dibelius seinerseits ist charakteristisch: Er war nach 1933 zunächst als Unterstützer Hitlers und v.a. glühender Antisemit hervorgetreten; sah sich dann aber gezwungen, im Widerstand gegen die von Hitler eingesetzte Kirchenführung der sogg. Deutschen Christen seinerseits Mitglied (des rechten Flügels) der Bekenntenen Kirche zu werden. Er wurde als solcher auch zeitweise verfolgt und auch verhaftet.

Ich erinnere mich, dass all das in den 1950er Jahren bei uns zuhause von meinem Vater immer wieder auch mit Freunden und Bekannten heiß diskutiert wurde; v.a. auch mit meinem Onkel, einem bekannten Anwalt und Presserechtler in Stuttgart. Letzterer war in der Weimarer Zeit Mitglied von Stresemanns rechtsliberaler DVP gewesen, war im Krieg dann im Afrika-Korps im Einsatz und u.a. Heeres-Richter. Nach dem „Zusammenbruch“ verstand er sich offenbar rasch mit „den Amerikanern“ zu arrangieren, hatte als einer der ersten in Stuttgart einen privat zugelassenen Buckel-Ford und wurde dann sogar als Verteidiger der Reiter-SS (oder Reiter-SA?) bei den Nürnberger Prozessen 1945/46 zugelassen. Später avancierte er u.a. zum Berater des Deutschen

Zeitungsverleger-Verbands und des Axel-Springer-Verlags sowie zum Präsidenten der Stuttgarter Abendgesellschaft. Er vertrat aber als Anwalt bspw. auch Rudolf Augstein in der sog. Spiegel-Affäre von 1962. Auch dieser Onkel lehnte in den 1950er Jahren die West-Bindungs- samt der entsprechenden Aufrüstungspolitik von Adenauer und Strauß ab (ebenso wie bspw. damals auch noch die liberale DVP/FDP-Führung in Stuttgart unter dem Ministerpräsidenten Reinhold Maier). Mit Adenauers bzw. Erhards wirtschaftsliberalem Kurs war mein Onkel dagegen einverstanden.

Wie mein Vater zum KPD-Verbot stand, erinnere ich nicht. Das war jedenfalls kein großes Thema. Über die DDR wurde mehr im Rahmen von dortigen wirtschaftlichen Problemen und eben der gewünschten Wiedervereinigung und einer nationalen Neutralisierung gesprochen.

**Schulisches und Bildungsumfeld;
Verdrängung des Nationalsozialismus und der Verbrechen gegen die Sowjetunion
und die Völker Osteuropas; Verschweigen auch der kolonialistischen Verbrechen**

Beim Schulbesuch, v.a. auf dem Karls-Gymnasium in Stuttgart und dann seit 1954 auf dem Parler-Gymnasium in Schwäbisch Gmünd stießen wir unter den Lehrern auf zahlreiche ehemalige Kriegsteilnehmer und auch Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisationen. Dies war informell bekannt. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, dass die Betreffenden damals je diese Tätigkeiten direkt und offen ansprachen, geschweige denn sich damit auseinandergesetzt oder darüber diskutiert hätten. Die meisten waren bemüht, sich als angeblich politisch völlig „neutral“ darzustellen; predigten die Werte der klassischen deutschen bzw. abendländisch-humanistischen Wissenschaft und Kultur – und konzentrierten sich im Übrigen privat ebenfalls auf ihren je persönlichen materiellen „Wiederaufbau“. Der Geschichtsunterricht reichte allenfalls bis in die Zeit der Weimarer Republik. In „Gemeinschaftskunde“ (neu) wurden das Grundgesetz und die bürgerlich-parlamentarische Demokratie vorgestellt, und v.a. die Bedeutung des Rechtsstaats, der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit herausgestellt. Diese seien im Nationalsozialismus unterdrückt gewesen – wie sie nun heute in der DDR unterdrückt würden. Übrigens wurden aus der DDR bzw. „SBZ rückgemachte Flüchtlinge“ – so bspw. die Familie meines Freundes – damals eher scheel angesehen bzw. wegen der von ihnen bezogenen Entschädigungsleistungen beneidet.

Im Schulunterricht wurde jedenfalls Mitte der 1950er noch regelmäßig geschlagen. Die von mir besuchten Gymnasien waren damals noch reine Jungen-Schulen.

Wenn im Unterricht von den Verbrechen des deutschen Faschismus gesprochen wurde, so v.a. über den Holocaust gegen die Juden. Ich erinnere mich dagegen nicht, schon während meiner Schulzeit je etwas zum Überfall auf die Sowjetunion und die dabei verübten, geplanten zig-Millionen Verbrechen sowie die gegen die Völker Osteuropas gehört zu haben. All das wurde in der BRD – ebenso die Vergangenheit der Hochschullehrer – erst Anfang der 1960er an den Universitäten Thema, im Zuge der sogg. Studentenbewegung, und in der Studentenpresse. Ich erlebte sie in Tübingen und auch Berlin mit und beteiligte mich dann auch daran.

Ich kann mich auch nicht erinnern, dass wir zuvor in der Schule je Substantielles über den internationalen Kolonialismus einschließlich etwa der Verbrechen Deutschlands in Afrika oder China gehört hätten; ebenso wenig wie über die aktuellen Verhältnisse dort; über Befreiungsbewegungen, oder über die andauernden Kriege in den immer noch neokolonial unterdrückten und durch den „überlegenen Westen“ ausgebeuteten nicht-europäischen Nationen.